

Blaue Post

NR. 16

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN

KOSTENLOS



Deutsche Technik ist kein Schrott

Diesel-Kampagne startet

Das Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bedeutet für viele Dieselbesitzer eine kalte Enteignung und die Einschränkung ihrer zukünftigen Mobilität.

Ein fragwürdiger Verein namens Deutsche Umwelthilfe e. V., hat mit finanzieller Unterstützung namhafter deutscher und internationaler Unternehmen und politischer Hilfe ein weltweites Vorzeigeprodukt deutscher Ingenieurskunst – den Dieselmotor kaputt geklagt. Schuld daran sind die Altparteien, die die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Seit 2004 ist die DUH als „klageberechtigter“ Verbraucherschutzverband, ab 2008 sogar als „klageberechtigte Vereinigung“ nach Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz anerkannt.

Bereits seit drei Jahren wusste die CDU-geführte Bundesregierung von drohenden Fahrverboten und unternahm nichts, um

Dieselbesitzer und die deutsche Autoindustrie vor schwerem Schaden zu schützen. Dabei sprechen alle Fakten für den Dieselmotor. Er ist sparsam im Verbrauch, hat einen hohen Wirkungsgrad und die Entsorgung ist im Vergleich zum E-Auto geklärt. Der Verbraucher, der ganz bewusst eine saubere Antriebstechnik erworben hat, wird nachträglich von der Politik enteignet, indem sein Auto zum „Umweltverschmutzer“ erklärt und somit unverkäuflich wird. Lediglich 92.000 von 540.000 Dieselfahrzeugen in Sachsen verfügen über die EURO 6 Norm.

Die AfD-Fraktion hat sich schon immer gegen diesen Kreuzzug positioniert und eine sachliche Diskussion gefordert. Doch die meisten Medien heizen die Dieselhysterie weiter an, statt zu einer sachlichen Debatte zu kommen, wie von ADAC und Automobilverbänden gefordert.

Nun ist es an der Zeit, auf die Straße zu gehen und ein deutliches Zeichen gegen diese linksgrüne „Dieselpolitik“ der CDU- und SPD-Regierung zu setzen und für den Diesel zu werben. Deshalb startet die AfD-Fraktion sachsenweit eine Dieselpromotion, um verunsicherte Verbraucher und Dieselbesitzer aufzuklären und von der Umweltfreundlichkeit des Diesels zu überzeugen.

Wir fordern, dass die unwissenschaftlichen Grenzwerte der EU überprüft werden. Bis dahin muss die EU-Richtlinie und ihre Grenzwerte außer Kraft gesetzt werden.

Wir senden ein deutliches Signal für den Diesel aus. Wir sind überzeugt: Der Diesel ist das umweltfreundlichste Auto.



von
Jörg Urban
MdL

CDU – satt und faul

Liebe Parteifreunde,

die neue und alte Bundesregierung ist im Amt, auch der sächsische Ministerpräsident hat die ersten 6 Monate überstanden.

Die Arbeit für Deutschland haben weder die Bundes- noch die Landesregierung aufgenommen. Auf allen Ebenen erleben wir Stillstand. Der status quo wird verwaltet, jeder hat sein Stück vom Kuchen der Macht erhalten.

Kompetenz und Erfolg scheinen für die Personalauswahl der CDU weder auf Landes- noch auf Bundesebene relevant zu sein: So wird der Wahlverlierer in Sachsen zum Ministerpräsident und eine Verteidigungsministerin mit desaströser Bilanz bleibt im Amt. Beide haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind treue Vasallen der Rechtsbrecherin im Kanzleramt. Die ist inzwischen nahezu abgetaucht. Oder erinnern Sie sich

an mutige Stellungnahmen der Kanzlerin, an fortschrittliche Gesetzesvorhaben, an konkrete Maßnahmen? Merkel kann für weitere 4 Jahre ihre Pfründe verteilen und nichts anderes interessiert sie.

Und doch – es hat sich etwas verändert: Eine neue Bürgerpartei möchte kein Stück vom Kuchen und hält sich nicht an die Regeln des Altparteienkartells. Die CDU sollte nicht weitere vier faule Jahre dabei zusehen, wie ihre kleine Funktionselite unser Land herabwirtschaftet. Doch statt die Rechtsbrecherin aus dem Kanzleramt zu jagen, wird der Ton gegenüber unserer Bürgerpartei immer hysterischer. Da kann man nur sagen: Weiter so, CDU. Abgerechnet wird 2019.

Jörg Urban, MdL

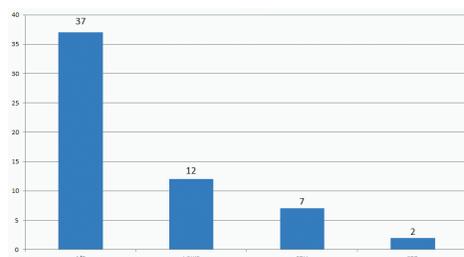


Linksrote CDU-SPD-Regierung bekämpft AfD mit Steuergeld

Der Kampf gegen rechts und alles was danach aussieht, ist in der heutigen ideologisch links geprägten Medien- und Politiklandschaft ein profitables Geschäft. Nicht nur allgemein bekannte AfD-Gegner, wie zum Beispiel die Amadeu Antonio Stiftung, stoßen sich an staatlichen Fördergeldern gesund, sondern zunehmend auch viele kleine (vermeintliche) „Demokratie“-Vereine und Gewerkschafts-Untergruppierungen. Die Mittel für diese steigen rasant an – von Jahr zu Jahr. Der Staat finanziert so den Kampf gegen die AfD kräftig mit!

Zuletzt ergab dies die Antwort auf meine Kleine Anfrage (6/12798) zu den sog. „StammtischkämpferInnen“. Diese brachte zu Tage, dass u. a. die „DGB-Jugend Sachsen“ seit 2015 mit 257.997,15 Euro und die sog. „Naturfreundejugend Sachsen“ mit 264.063 Euro vom Freistaat Sachsen gefördert wurden. Die „DGB-Jugend“ und die „Naturfreunde“ sind mitbeteiligt an dem sog. Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ (AgR), welches örtlich durch den Verfassungsschutz beobachtet wird bzw. wurde. Mit von der Partie sind hier nämlich Vereinigungen des linksextremistischen postautonomen Spektrums. Staatlich gepamperte Gruppierungen machen vorwiegend ungeniert gemeinsame Sache mit demokratiefeindlichen Vereinigungen.

So verwundert es am Ende wenig, dass offenes Ziel der Kampagne „StammtischkämpferInnen“ des Bündnisses AgR u. a. ist, „Veranstaltungen der AfD zu stören oder zu verhindern“ und die AfD „zu stoppen“.



Angriff auf Bürgerbüros 2017 im Vergleich

Das Bündnis verwies insbesondere während des letzten Bundestagswahlkampfes in seinen Linktipps – nicht überraschen-

derweise – auf die Amadeu Antonio Stiftung, um Ideen für den „Kampf [...] gegen die AfD“ zu verbreiten. Hinter dem Bündnis AgR steht, neben diversen Gruppierungen, übrigens die sog. „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e. V.“. Mit noch lebenden Opfern des Holocaust hat das alles nichts zu tun, außer, dass deren traurige Schicksale nun für linke Ideologien instrumentalisiert werden. Selbstverständlich erhält diese Vereinigung – wie könnte es anders sein – auch Staatsgelder.



Nächtlicher Angriff auf das Bürgerbüro in Aue

So viel staatlich finanzierte Propaganda gegen die AfD bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Vor allem Behauptungen wie die der sog. „Naturfreundejugend“, dass die AfD „nur Hass, Lügen und Hetze“ verbreite und „faschistoide Positionen“ vertrete, bilden einen guten Nährboden für gewaltbereite Extremisten. Ergebnis ist, dass auf AfD-Einrichtungen insbesondere in Sachsen (nach wie vor) mit großem Abstand die meisten Angriffe verübt werden – 2016 50 Mal, 2017 37 Mal. Zum Vergleich für 2017: Die Linke 12 Mal, CDU 7 Mal und SPD 2 Mal.

Im Fall der AfD ist übrigens keine einzige Straftat aufgeklärt worden. Das ist auch kein Wunder, schließlich gibt die Regierung das Steuergeld lieber für dubiose „Demokratie-Projekte“ aus, als für notwendige polizeiliche Objektschutzmaßnahmen oder die Verstärkung der Justiz.



von
Carsten Hütter
MdL

Karl Marx – In der Praxis gescheiterter Philosoph Debatte im Landtag zum Marx-Jahr

Am Mythos Karl Marx wird derzeit wieder kräftig gestrickt: salbungsvolle Reden, huldvolle Artikel, unkritische TV-Beiträge prasseln auf uns ein. Bei nüchterner Analyse ist festzuhalten: Aufgabe der Wirtschaft ist, knappe Ressourcen möglichst effektiv zu verteilen und Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital effizient einzusetzen. Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Im Gegenteil. Diese Verteilung ist rein gewinn- oder nutzenorientiert.

Wohlfahrtsverluste entstehen oft, wenn der Staat eingreift, private Monopole schafft, mit Verstaatlichungen oder Subventionen ins Wirtschaftsgeschehen eingreift. In Folge derartiger Aktivitäten entstehen Verknappung oder Überproduktion.

„Erfolgsmodelle“ dieser Art halten nicht lang. Ein VEB war nie wettbewerbsfähig. Insolventen Firmen, wie der Phillip Holzmann AG, halfen keine Subventionen. Butterberge in der EU führten nirgendwo zu mehr Wohlstand.

Die Enteignung der Kapitalisten brachte weder in der UdSSR noch in der DDR einen Mehrwert hervor. „Gute Arbeit“ wurde dort nicht besser entlohnt, als in den marktwirtschaftlich orientierten Ländern. Fehlende Innovation bedeutete vielmehr nur: bescheidener Wohlstand durch harte Arbeit.

Blicken wir lieber über den Tellerrand als 200 Jahre zurück: Warum gibt es z.B. in der Schweiz höhere Renten? Könnte das am besseren Rentensystem liegen? Weshalb sind die Schweizer auf ihren ÖPNV stolz? Das Volk schuf die Grundlagen beider Errungenschaften – durch Beschlüsse und seinen Fleiß! Das ist sozial!

Hierzulande kassiert der Staat über Beiträge, Gebühren und Steuern aller Art zwei Drittel der Einkommen. Soloselbstständige treibt man mittels fiktiver Beitragsbemessungsgrenzen in Schwarzarbeit und Altersarmut. Die Nullzinspolitik der EZB pulverisiert die private Altersvorsorge. Mit den geplanten Erhöhungen von Grund- und Erbschaftssteuern geht die Enteignung in die nächste Phase. Ist das sozial? Oder gerecht? Führt das zu mehr Freiheit? Frei sein heißt, selbst entscheiden zu können und zu dürfen.

Dafür braucht es nicht Marx, sondern ökonomischen Sachverstand und gesellschaftliche Mitbestimmung, die sich nicht nur alle vier Jahre an der Wahlurne vollzieht!



von
Mario **Beger**
MdL

Heimatkunde statt Sachkunde!

AfD-Fraktion gegen Ideologie in der Schule

Die AfD-Fraktion wollte mit dem Antrag (Drs.-Nr.: 6/13054) zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zunächst beantragten wir, die Ausweitung des politischen Unterrichts schon auf die Klasse 7 zu unterlassen, weil die Sachsen eben nicht unter einem Demokratiedefizit leiden wie unsere staatlich besoldeten Propagandisten der Kultusbürokratie meinen.

Wer sich immer jüngere Opfer für die Gleichschaltung sucht, hat selbst solch ein

Defizit. Da helfen auch die Beteuerungen des Kultusministers Piwarz (CDU) nichts, man wolle sich strikt an den maßgebenden „Beutelsbacher Konsens“ halten (das Kontroversitätsgebot, das Überwältigungsverbot und das Pluralismusgebot). Angesichts unwürdiger Diskussionen, etwa um die Anwesenheit von Prof. Meuthen an einer Schulveranstaltung einerseits oder unserer Nichteinladung zur sächsischen Personalrätekonferenz von vier Lehrerverbänden andererseits, ist diese Begründung ein schlechter Witz.

Zum Zweiten wollten wir mit unserem Antrag den abstrakten Sachkunde-Unterricht wieder zu einem klassischen Fach für Heimatkunde machen und unseren Jüngsten damit eine Chance zur Identifikation mit



Mythos Karl Marx?

ihrem Lebensraum eröffnen. Ohne eine solche kann sich keine demokratische Bürgergesellschaft entwickeln.

Die Begründung für die Ablehnung ist geradezu ignorant. Piwarz meint, damit würde die kindliche Betrachtungsweise hin zu einer wissenschaftlichen Sachlichkeit nicht gefördert. Aber wir verlangen ja keinen Märchenunterricht, sondern lediglich einen an der Lebenswelt der Kinder ausgerichteten Unterricht. Das ist das wirkliche Grundgesetz der Pädagogik, das der Kultusminister offenbar nicht kennt.



von
Karin **Wilke**
MdL

Zehn Euro Zusatzrente pro Arbeitsjahr!

Interview mit André Wendt

Altersarmut wird mehreren Prognosen zufolge im Osten zunehmen. Eine Rente unterhalb der Armutsgrenze würde dann jeden Dritten treffen.

Was sagt die AfD dazu?

Altersarmut wird leider zunehmen, wenn die Politik nichts dagegen unternimmt. Anfang Mai wurde bekannt, dass fast 35 Prozent aller Vollbeschäftigten in Sachsen weniger als 2000 Euro brutto verdienen. Bei diesem Einkommen ist es unmöglich, Rentenansprüche zu erwerben, von denen man im Alter halbwegs leben kann. Ganz zu schweigen von Personen, die nach der Wende über einen längeren Zeitraum arbeitslos waren.

Wie erklären Sie sich, dass viele Bürger nicht von ihrer Rente leben können?

Im Niedriglohn-Sektor ist das Leistungsprinzip heute fast abgeschafft. Verkäufer, Friseure und andere fleißige Berufstätige verdienen nur unwesentlich mehr, als Sozialhilfeempfänger an Leistungen erhalten. In der Rente werden sie sogar auf eine Stufe gestellt mit Menschen, die nie gearbeitet haben. Das ist falsch. Arbeit muss sich lohnen, auch wenn sie schlecht bezahlt ist.

Glauben Sie, dass dies nur ein temporäres Thema ist?

Leider nein. Auch zukünftige Rentnergenerationen werden bundesweit verstärkt betroffen sein, wenn das Rentenniveau weiter abgesenkt wird und die Besteuerung der Renten steigt. Was die Altparteien bisher abgeliefert haben, ist ein Armutszeugnis und ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung. Reformen erweisen sich als Luftnummer. Die aktuelle Rentenerhöhung zum 1. Juli ist das beste Beispiel. Wer plötzlich mehr Rente bekommt, muss diese versteuern oder die Erhöhung wird durch Gebührensteigerungen aller Art aufgefrischt.

Die AfD-Fraktion fordert 10 Euro Zusatzrente. Wie ist das gemeint?

Wenn beispielsweise ein Koch oder eine Friseurin 45 Jahre lang arbeiten und um die zwölf Euro pro Stunde verdienen würden, dann ergäbe dies gerade mal eine Rente knapp über Grundsicherungsniveau von ca. 800 Euro. Wir möchten diejenigen belohnen, die gearbeitet haben, und deshalb pro Arbeitsjahr 10 Euro aufschlagen, so dass die betroffenen Arbeitnehmer nach 45 Jahren eine Rente in Höhe von ca. 1250 Euro erhalten. Natürlich steuerfrei.

Wie soll Ihre Forderung finanziert werden?

Wir haben in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Es werden beispielsweise Milliarden für die Versorgung hunderttausender Wirtschaftsflichtlinge bereitgestellt, aber auch für fragwürdige Klima- und Genderprojekte, marode Banken, Pleitestaaten oder Kindergeldzahlungen ins Ausland. Ich halte es deshalb für unwürdig, darüber zu diskutieren, ob wir die Zusatzrente für Menschen finanzieren können. Es gibt genug Einsparpotential. Das wollen wir korrigieren.



André Wendt, MdB



Symbolbild: Stau

Staufalle A4 entschärfen

Täglich fahren zehntausende Autos und LKW um den Autobahnknotenpunkt Dresden. Die Autobahn A4 ist eine wichtige Ost-Westverbindung in Mitteleuropa. In den letzten Jahren wurde das Verkehrsaufkommen immer stärker. Gleichzeitig nehmen die Unfälle zu und die Stauzeiten werden immer größer. Die aktuellen Maßnahmen der Staatsregierung, wie die Geschwindigkeit im Bereich Dresden zu reduzieren, können keine Dauerlösung sein. Das Problem wird damit nicht gelöst.

Für alle Beteiligten ist die Verkehrssituation unerträglich. Kilometerlange Staus sind nicht nur umweltschädlich für die Anwohner, sondern auch ein wirtschaftlicher Faktor. Der Transitverkehr nimmt immer mehr zu. Hier müssen neue Konzepte entwickelt werden. Beispielsweise den LKW-Verkehr auf die Schiene verlagern und den Öffentlichen Nahverkehr für Pendler sinnvoll ausbauen. Hier ist ganz klar die CDU-SPD-Landesregierung gefordert. Sie muss endlich in Berlin intervenieren und schnellstmöglich den achtspurigen Ausbau von Nossen über Dresden nach Bautzen einfordern.

An den notwendigen Finanzmitteln darf der Ausbau nicht scheitern, zumal die Autobahn immer größere Bedeutung im europäischen Fernverkehr erlangt und den schnellen Transport von Sachsen nach Schlesien ermöglicht.



von
Silke Grimm
MdB

Heute Abgeordneter, morgen erster AfD-Bürgermeister in Sachsen?



Dr.-Ing. Rolf Weigand, MdL am ersten Plenartag in Bergmannstracht

Vor weniger als 6 Monaten kam Dr. Weigand aus dem schönen Mittelsachsen nach Dresden, um den politischen Gegnern ordentlich Dampf zu machen. Er versprach nicht das „Blaue“ vom Himmel, sondern packt mit Leidenschaft und wissenschaftlichem Sachverstand die Themen im Bereich Bildung, Wissenschaft und Sport an. Trotz verbaler Angriffe der Altparteien im Landtag bleibt er sachlich, standhaft und verfolgt seine Ziele für eine bessere Politik. Jetzt darf man sagen: „Probezeit bestanden“. Am 17. Juni kandidiert Dr. Weigand in seiner Heimatstadt Großschirma als Bürgermeister. Sollte dann ein strahlendes Blau nicht nur am Himmel zu sehen sein, lassen wir ihn, wenn auch ungern, ziehen und wünschen ihm für seine neue Herausforderung „Alles Gute, viel Kraft und Ausdauer!“



von
Frank **Peschel**
Pressereferent

Lausitz kein Spielball von Altparteien und EU



Symbolbild: Hoyerswerda-Neustadt 1960

Die gebeutelte Lausitz galt lange als Sorgenkind. Doch nun heißt es von der Agentur für Arbeit, fast zehn Prozent der Arbeitslosen dürften im Laufe dieses Jahres eine Stelle finden.

Diese Prognose ist erfreulich. Aber Vorsicht! Die Hochkonjunktur der Weltwirtschaft wurde mit Helikoptergeld der Europäischen Zentralbank (EZB) in Billionenhöhe erkaufte. Unrentable Unternehmen und überschuldete Staaten werden so am Leben gehalten, die bei steigenden Zinsen jedoch sofort pleite gehen. Bleiben dagegen die Zinsen aus, droht Inflation.

Aus diesem von der AfD seit Jahren kritisierten Dilemma kommt EZB-Präsident Mario Draghi nicht mehr heraus. Ein Knall ist damit nur eine Frage der Zeit. Schauen wir aber zunächst auf die Lausitz: Kamenz

geht es vergleichsweise gut. Um die Arbeitnehmer zu halten, müssen jetzt allerdings die Löhne steigen. 30 Prozent der Ostdeutschen erhalten Löhne in Armutsnähe. Dies bringt Ungerechtigkeiten hervor, die wir abschaffen müssen.

Bereits vor der Einführung des Mindestlohnes gab es indessen die Befürchtung, steigende Löhne würden Arbeitsplätze gefährden. Wenn ein kleiner Handwerker einem neuen Mitarbeiter ein hohes Gehalt zahlt, so bleibt es schließlich nicht dabei. Alle anderen Mitarbeiter werden ebenfalls mehr wollen. Aufgrund der höheren Kosten muss der Handwerker dann seine Preise erhöhen. Diese Entwicklung ist nur unter der Bedingung unproblematisch, dass sowohl die Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber am Monatsende netto mehr in der Tasche haben.

Um dies zu erreichen, müssen wir die kalte Progression abschaffen. Genau das hat die AfD erst kürzlich im Bundestag gefordert. Die Altparteien sind aber dagegen.

Im Landkreis Görlitz kommen nun noch mehrere Probleme hinzu: Die Hängepartien um Bombardier und andere Großunternehmen (z.B. Waggonbau Niesky) beeinflussen die Zukunftsplanungen vieler Zulieferer, die aus Ungewissheit Einstellungen und Investitionen zurückstellen. Unsere Forderung daher: Ein klares Bekenntnis der Unternehmen zur Lausitz und der Erhalt möglichst aller Arbeitsplätze!



von
Sebastian **Wippel**
MdL

AfD-Fraktion erweitert Kompetenz beim Tierschutz

Die Fraktion der Alternative für Deutschland im Sächsischen Landtag, wird ab sofort ihren Fokus verstärkt auf eine Verbesserung für den Tierschutz in Sachsen richten. Fraktionsvorsitzender, Jörg Urban: „In vielen Bürgergesprächen und aus Zuschriften an die Fraktion wird deutlich, wie prekär offenbar vor allem die finanziellen Situationen in vielen Tierheimen sind. Viele Bürger arbeiten dort ehrenamtlich am Limit ihrer Zeit und Kraft. Wir werden demnächst einen tierschutzpolitischen Sprecher der Fraktion wählen und öffentlich vorstellen.“ Dessen Aufgabe wird es u.a. sein, Kontakte zu Tierschutzverbänden und Tierheimen zu pflegen, die drängendsten Fragen in die politische Arbeit der Fraktion einzubringen und nach effektiven Lösungen zu suchen.

Jörg Urban: Ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Thematik sind die umstrittenen Tiertransporte. Von zehn kontrollierten

Tiertransporten fielen alle durch, berichtete der MDR unter Bezugnahme auf Angaben der Polizeidirektion Dresden. Der Grund dafür, dass diese tierschutzrechtlich umstrittenen und sinnlosen Tiertransporte quer durch Europa überhaupt durchgeführt werden, ist eine komplett fehlgeleitete EU-Landwirtschaftspolitik. Überladene Transporter, enorme Hitze, Stress und Dehydrierung – für Tiere sind die langen Transporte eine Tortur. Viele verletzen sich oder sterben qualvoll. Insbesondere aus Tierschutzgründen ist grundsätzlich der Export von Fleisch und Fleischprodukten dem Export lebender Tiere zur Schlachtung vorzuziehen.“



von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher



Symbolbild: Warten auf ein neues Zuhause

Bienensterben durch Monokulturen



Die AfD-Fraktion beschäftigt sich intensiv mit den Problemen des ländlichen Raumes. Neben den Themen, wie medizinische Versorgung, Breitbandausbau, öffentlicher Nahverkehr, gehört aber auch der Natur- und Heimatschutz dazu. Ein wichtiger Bereich davon ist der Tierschutz. Viele wissen nicht, dass sich die AfD für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze einsetzt. Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände.

In der letzten Plenarsitzung kritisierte Jörg Urban das Artensterben in Sachsen. Schuld ist die moderne intensive Landwirtschaft mit dichtstehenden Pflanzen und der Verwendung von Glyphosat und Neo-Nicotinoiden.

Der richtige Kahlschlag bei unseren heimischen Arten begann aber mit der sogenannten Energiewende. Die Energiewende beschert uns Monokulturen von Raps und Mais, die Insekten und Vögeln kaum Nahrung und Unterschlupf bieten. Grünflächen sind keine „Insektenparadiese“ mehr. Sie werden heute bis zu 3 Mal im Jahr gemäht, weil der Grünschnitt häufig als Zusatz in die Biogasanlage wandert. Diese Landwirtschaftspolitik lehnt die AfD ab. Die AfD glaubt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Angestrebt wird eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln.



von
Frank **Peschel**
Pressereferent

Kompetenz, statt Parteien-Filz! Postengeschacher hat bereits Milliarden Steuergelder gekostet

Aktuell ist der politische Filz in Sachsen in seiner schönsten Blüte zu beobachten: Der lukrative Posten des Ostdeutschen Sparkassenchefs muss neu besetzt werden und zwei Politiker, die ihren Zenit längst überschritten haben, wollen sich mit dem 400.000 Euro-Jahresgehalt-Job den Lebensabend versüßen.

Den Kampf um den Jackpot liefern sich aktuell der Bautzener CDU-Landrat Harig und Leipzigs SPD-Oberbürgermeister Jung. Gerade Jung hat in Leipzig gezeigt, was er unter seriöser Finanzpolitik versteht. Ende April musste in der Messestadt eine Haushaltssperre verhängt werden, die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen klaffte zu weit auseinander.

Die AfD fordert seit langem, dass derartige Posten mit Experten besetzt und nicht als Versorgungsposten für langgediente Politiker genutzt werden. Das Finanz-Desaster der Sächsischen Landesbank sollte uns allen eine Warnung sein. Bei hochriskanten Spekulationsgeschichten, welche die verantwortlichen Politiker im Aufsichtsrat nicht unterbanden, wurden insgesamt 1,8 Milliarden Steuergelder verbrannt. Finanzmittel, die in Sachsen an allen Ecken und Enden fehlten.

Jahrelang wurde vom CDU-Kultusministerium die Bildung kaputtgespart. Neue Lehrer wurden erst eingestellt, nachdem der Unterrichtsausfall abnorme Dimensionen annahm und der Markt für ausgebildete Lehrer leergefegt war. Die einseitige Verbeamtung neuer Lehrer, die zum großen Teil auch noch im Crashkurs ausgebildete Seiteneinsteiger sind, schafft unterdessen neuen Unmut in den Lehrerzimmern.

Ähnlich lief es bei der ausgedünnten Polizei. Trotz offener Grenzen und stetig steigender Kriminalität, baute das CDU-Innenministerium massiv Stellen ab und schloss Polizeireviere. Viel zu spät werden nun neue Polizisten ausgebildet, die uns erst nach drei Jahren zur Verfügung stehen. Für Bildung und Polizei fehlte u.a. jahrelang das Geld, weil Politiker Steuermittel in der Landesbank verzockten. Nachdem diese finanzielle Altlast nicht mehr den Haushalt belastet, droht bereits die nächste Hiobsbotschaft: Ausufernde Kosten für die unkontrollierte Masseneinwanderung.

In den letzten drei Jahren musste Sachsen insgesamt 1,25 Milliarden Euro für Asylbewerber aus der eigenen Tasche zahlen, Bundeszuschüsse bereits abgezogen. Wenn CDU und SPD keine Änderung in ihrer abenteuerlichen Asylpolitik vornehmen, werden marode Straßen, ärztliche Versorgung und der ausgeblutete ländliche Raum weiter auf finanzielle Hilfe warten müssen.



von
André **Barth**
MdL



Impressum

Blaue Post Nr. 16
Mai 2018

Herausgeber

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 - 493-4222
E/Mail: presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Redaktion: Albrecht Andreas Harlaß
V.i.S.d.P.: Albrecht Andreas Harlaß
Auflage: 170.000
Erscheinungsweise: Monatlich

Fotonachweise

Fraktion: S.2, S.2, S.3, S.4 (unten), S.5 (oben), S.8 (unten),
Autorefnfotos
Privat: S. 1, S. 3, S.4 (rechts), S.5 (unten), S.6 (links),
S.6 (rechts) - Maja Dumat, S.7 (unten)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Blaue Post erscheint normalerweise viermal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen, müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



AFD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



AfD-Fraktion im Web:
afd-fraktion-sachsen.de



AfD-Fraktion bei facebook:
facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



AfD-Fraktion bei Twitter:
twitter.com/AfD_SLT



AfD-Fraktion bei youtube:
http://bit.ly/1L9TbIf

Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar: www.blaue-post.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie unter www.afd-sachsen.de oder über www.afdsachsen.de. Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.

DIESEL ERHALTEN

Deutsche Technik ist kein Schrott

Enteignung bekämpfen, Verbraucher schützen

Die Grenzwerte für Außenluft, die von Brüssel aus vorgegeben werden, sind geradezu irrsinnig niedrig. An Arbeitsplätzen darf die Belastung der Luft um ein Vielfaches höher sein als an einer befahrenen Kreuzung. Die Zahlen verdeutlichen, wie dramatisch das Diktat aus Brüssel den sächsischen Verbraucher trifft. Der Wert der Diesel-Fahrzeuge fällt dramatisch, die Bürger werden verunsichert, massiv unter Druck gesetzt und letztlich im großen Stil enteignet. **Das ist nicht hinnehmbar!**

Dieselfahrer sind nicht für das gegenwärtige Desaster verantwortlich, sondern die EU-Parlamentarier von CDU und FDP, die wissenschaftlich unbegründbare Grenzwerte vorschreiben. Die Dieselfahrer können sehen, wo sie bleiben. Ihre Diesel-Gebrauchtwagen mit Euronorm 5 sind kaum mehr verkäuflich. Wie es für Pendler und Handwerker mit Dieselfahrzeugen weitergeht, ist ebenfalls völlig unklar. Die Staatsregierung müsste sich schützend vor die heimischen Verbraucher stellen, sich eindeutig gegen Fahrverbote aussprechen und konsequent den wahnwitzigen Weisungen aus Brüssel entgegen treten. Das tut sie aber nicht!

Effizienz, Verbrauch und Kosten

Der Dieselmotor ist energieeffizienter als ein Benzinmotor. Ein durchschnittlicher Diesel-Pkw verbraucht mit rund 4 bis 6 Litern auf 100 km weniger als ein ähnlich leistungsstarker Benzinmotor. Damit sind Dieselfahrzeuge laut ADAC bereits ab einer durchschnittlichen Fahrleistung von 10.000 Kilometern kostengünstiger als Benzinmodelle.

Deutschland ist ein Diesel-Land

In der deutschen Automobilindustrie sind ca. 800.000 Arbeitsplätze mit dem Diesel verbunden. Auf deutschen Straßen fahren

rund ein Drittel aller Pkw mit einem Dieselmotor. Industrie und Handwerk setzen in ihren Transportflotten maßgeblich auf Dieselfahrzeuge. Günstige Transportkosten bedeuten günstige Preise für jeden Bürger. In Sachsen stieg die Zahl der Dieselfahrer seit 2014 kontinuierlich. 2017 betrug ihr Anteil an den Pkw 26 % und im Straßengüterverkehr sogar 93 %.

Feinstaub, NO_x und CO₂?

Der Dieselmotor ist auch heute noch die CO₂-ärmste Antriebstechnologie. Ein Elektroauto von Tesla, hat erst nach 200.000 km Laufleistung, eine bessere CO₂-Bilanz, weil insbesondere die Produktion der Batterie sehr energieaufwändig ist. 2016 meldete nur EINE von mehreren hundert verkehrsnahen Messstationen Grenzüberschreitungen der Feinstaubwerte. Die Stickoxidgrenzwerte wurden an 99 % der Messstationen eingehalten. Die hohe Feinstaubbelastung kommt vorrangig nicht von den Abgasen der Dieselfahrzeuge, sondern aus Verbrennungsanlagen, Kraftwerken, Pollen, Staub und Höhenfeuerwerken.

Freiluft vs. Arbeitsplatz

Der Grenzwert für Außenluft und damit auch im Straßenverkehr liegt bei 40 µg / m³ Stickoxid, denen Fußgänger oft nur kurze Zeit ausgesetzt sind. Für acht Stunden Büroarbeit gelten absurderweise 60 µg/m³, die an einigen Industriearbeitsplätzen sogar bis 950 µg/m³ ausgereizt werden dürfen.



Blauer Brief

von
Andreas-Albrecht **Harlaß**
Pressesprecher

Nach der Predigt sagt man Amen und nicht Rot Front

Im Mai 1968 läuteten in Leipzig die Glocken und es gab eine mächtige Detonation, verursacht durch zwei Tonnen Dynamit. Auf Geheiß der SED wurde die spätgotische Universitätskirche Sankt Pauli gesprengt. In Dresden traf es die Sophienkirche. 1963 war ihr langer Abriss – inklusive Sprengung 1950 – vollendet. Zwischen 1947 und 1987 wurden auf SED-Anordnung sechzig Kirchen gesprengt und abgerissen. Heute, nur dreißig Jahre nach der letzten Schleifung in Taliban-Manier, bietet sich nun folgendes Bild: Der katholische Probst, Pottbäcker, Stadtdechant der Kirche Gelsenkirchen, übermittelt der stalinistischen, marxistisch-leninistischen Partei MLPD „Herzliche Geburtstagsgrüße zum 200. Geburtstag von Karl Marx“. Die MLPD tritt für revolutionäre Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein und verteidigt im Gegensatz zu beinahe allen anderen kommunistischen Gruppen Deutschlands das politische „Wirken“ von Stalin und Mao Zedong. Erklärtes Ziel ist die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“, ihr Endziel: die kommunistischen Gesellschaft.

Übrigens: Im Vorfeld zum 101. Katholikentag kam es innerhalb der Kirche wiederholt zum Streit, ob ein(!) religionspolitischer Sprecher der AfD teilnehmen darf.

Fazit: Heutige Kirchen-Funktionäre haben die Kirchen-Greuel der Stalinisten offenbar verdrängt und hofieren heute deren Kopisten. Gleichzeitig lehnen sie aber die Zusammenarbeit mit einer demokratischen Partei wie der AfD ab. Nach der Predigt sagt man doch immer noch Amen und nicht „Rot Front“ – oder?

